



NIEDERSCHRIFT

18. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde – Wahlperiode 2019 – 2024

Sitzungstermin: Dienstag, 19.01.2021
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 21:45 Uhr
Sitzungsort: Stadttheater Luckenwalde, Grünstraße 14, 14943 Luckenwalde
- Eingang Theaterstraße

Anwesend:

Vorsitzender-

Herr Jochen Neumann

Mitglieder-

Herr Christian Block

Herr Hans Buchner

Herr Peter Gruschka

Frau Dr. Margitta-Sabine Haase

Frau Elisabeth Herzog-von der Heide

Frau Dr. Anja Jürgen

Herr Norbert Jurtzik

Herr Jörg Kirstein

Herr Andreas Krüger

bis 20:40 Uhr

Herr Klaus-Werner Lehmann

Herr Bert Lindner

Herr Carsten Nehues

Herr Matthias-Eberhard Nerlich

ab 18:35 Uhr

Herr Stefan Pinkawa

Herr Tom Ritter

bis 21:13 Uhr

Herr Erik Scheidler

Herr Harald-Albert Swik

Herr Felix Thier

Herr Manfred Thier

Frau Nadine Walbrach

Herr Michael Wessel

Herr Martin Zeiler

Verwaltung-

Frau Birgit Demgensky

Herr Frank Dunker

Herr Stephan Gruschwitz

Herr Torsten Knöfel

Frau Angela Malter

Herr Ingo Reinelt

Schriftführerin-

Frau Britta Jähner

Abwesend:

Mitglieder-

Herr Matthias Grunert

Herr Thomas Herold
Herr Manuel Hurtig
Herr Gerhard Maetz

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL:

- 1 . Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
- 2 . Vorstellung Entwurf Haushaltsplan 2021
- 3 . Einwohnerfragestunde
- 4 . Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.12.2020
- 5 . Feststellung der Tagesordnung
- 6 . Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung
- 7 . Informationen der Verwaltung
- 7.1 . Ansiedlungsinteresse Zapfholzweg: Projekt „Labor Betreuung 5.000“
- 7.2 . Sachstand VolksBühne
- 8 . Informationen des Vorsitzenden

II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:

- 9 . Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.12.2020
- 10 . Feststellung der Tagesordnung
- 11 . Beschlussvorlagen
- 11.1 . Generalsanierung Rathaus - Vergabe Los 11 Gerüstbau **B-7173/2021**
- 11.2 . Generalsanierung Rathaus - Vergabe Los 10 Rohbauarbeiten **B-7174/2021**
- 11.3 . Generalsanierung Rathaus - Vergabe Los 9 Abbruch **B-7177/2021**
- 11.4 . Generalsanierung Rathaus - Vergabe Los 12 Zimmererarbeiten **B-7178/2021**
- 11.5 . Generalsanierung Rathaus - Vergabe Los 13 Dachdeckerarbeiten **B-7179/2021**
- 11.6 . Generalsanierung Rathaus - Vergabe Los 14 Metallbauarbeiten **B-7180/2021**
- 11.7 . Generalsanierung Rathaus - Vergabe Los 15 Putzarbeiten **B-7181/2021**
- 12 . Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung
- 13 . Informationen der Verwaltung
- 13.1 . Abfalllager Industriestraße
- 14 . Informationen des Vorsitzenden

I. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Herr Neumann eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Zu Sitzungsbeginn sind 21 Mitglieder und die Bürgermeisterin als stimmberechtigtes Mitglied anwesend.

TOP 2. Vorstellung Entwurf Haushaltsplan 2021

Die Präsentation von **Frau Malter** ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

- Während der Ausführungen erscheint Herr Nerlich zur Sitzung.

TOP 3. Einwohnerfragestunde

keine

TOP 4. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.12.2020

keine

TOP 5. Feststellung der Tagesordnung

Frau Herzog-von der Heide zieht den Tagesordnungspunkt 7.1 - Ansiedelungsinteresse Zapfholweg: Projekt „Labor Betreuung 5.000“ mit folgender Begründung zurück: Herr Jörres, DRK-Bundesbeauftragter für den Katastrophenschutz, sollte heute über das geplante Vorhaben eines Modellvorhabens für ein DRK-Logistikzentrum Zivilschutz Betreuungsreserve informieren. Der Vortrag sollte eine Grundlage für eine später von der Stadtverordnetenversammlung zu treffenden Entscheidung über einen Grundstücksverkauf bilden. Nun ist Herr Jörres sehr bei der Schaffung der Impfzentren eingebunden und kann den Termin heute nicht wahrnehmen. Es ist beabsichtigt, Herrn Jörres zum Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt (SWU) am 09.02.2021 einzuladen.

Tagesordnung geändert bestätigt

TOP 6. Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

TOP 6.1. Dank für Grünflächenreinigung

Herr F. Thier bedankt sich beim Bauhofpersonal für eine kurzfristige Reinigung einer unordentlichen Grünfläche.

TOP 6.2. Bauzaun Bibliothek im Bahnhof

Herr F. Thier fragt, was es mit der teilweisen Einrüstung mittels Bauzaun am Anbau der Bibliothek auf sich hat.

Die Beantwortung erfolgt schriftlich, so **Frau Herzog-von der Heide**.

TOP 6.3. Feuerwehrstellfläche vor dem Kreishaus

Herr F. Thier führt aus, dass die Feuerwehrstellfläche vor dem Kreishaus oft zugeparkt sei. Er fragt, wann das Ordnungsamt dies das letzte Mal kontrolliert und entsprechend Knöllchen verteilt habe.

Die Beantwortung erfolgt schriftlich, so **Frau Herzog-von der Heide**.

TOP 6.4. Position zum Kreisbudget

Herr F. Thier berichtet, dass in einer Woche die Hauptverwaltungsbeamten mit den Fraktionsvorsitzenden der Kreistagsfraktionen bezüglich Austausch Kreisentwicklungsbudget

zusammenkommen sollen. Er möchte von der Bürgermeisterin wissen, welche Argumentation sie aus ihrer Position in städtischer Hinsicht vortragen werde.

Frau Herzog-von der Heide führt aus, dass die Feinabstimmung in der Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung auf den angesprochenen Termin noch nicht stattgefunden habe. Wenn man aber erfährt, dass sich bei gleichbleibenden Hebesatz die Kreisumlage um rund 400 T€ erhöht, sollte der Landkreis auch mit dem auskommen, was ihm im vergangenen Jahr zur Verfügung stand. Sie hält es nicht für vermessen, eine Senkung der Kreisumlage um 2 % zu fordern.

TOP 6.5. Verwaltung im Homeoffice

Frau Walbrach äußert ihre Verunsicherung und die ihrer Fraktionsmitglieder darüber, dass heute Beschlüsse zur Rathausanierung gefasst werden sollen, obwohl von dem Thema lange nichts gehört und auch nicht im SWU behandelt wurde. Folgende Fragen stellt sie in diesem Zusammenhang einschließlich der Corona-Situation:

- Wie viele Homeoffice-Plätze sind ermöglicht?
- Wie viele Homeoffice-Plätze wird es nach dem Rathausumbau geben?
- Welche digitalen Angebote sind seit Beginn der Corona-Krise komplett nutzbar?
- Welche digitalen Angebote werden ausgebaut?
- Welche digitalen Verwaltungsschritte und Arbeitsprozesse sind geplant?
- Welche baulichen Veränderungen wurden bezüglich Digitalisierung planerisch in Betracht gezogen?

Frau Herzog-von der Heide berichtet, dass die Verwaltung in einer Dienstvereinbarung geregelt hat, dass 20 % der Arbeitszeit eines Mitarbeiters in Homeoffice zulässig sind, da, wo es die Arbeitsaufgaben möglich machen (Ermittlungsdienst z. B. nicht) und mit den Belangen des Amtes in Einklang gebracht werden können. Momentan erfahre das Thema mehr Bedeutung im Zuge des Gesundheitsschutzes. Corona-bedingt wurden für die Mitarbeiter Einzelbüros eingerichtet und für die Mitarbeiter, die im Homeoffice arbeiten können und möchten, die digitalen Voraussetzungen (Zugriff auf den Dienstrechner) geschaffen. Diese Form des Arbeitens werde sich verstetigen. Frau Herzog-von der Heide geht aber davon aus, dass auch wenn Homeoffice möglich ist, der Mitarbeiter Teile seiner Arbeit im Rathaus erledigen wird. D. h., auch nach dem Rathausumbau wird es für jeden Mitarbeiter einen Büroarbeitsplatz im Rathaus geben.

Herr Nehues fragt nach, wie man jetzt Corona-bedingt Prozesse anders gestalten könne, die sich auf den Rathausumbau auswirken könnten. Das Land habe bereits vor Corona Unterstützung für Kommunen zur Digitalisierung angeboten. Er fragt, ob die Verwaltung über eine Unterstützung des Landes nachgedacht habe, um die Digitalisierungsprozesse voran zu bringen.

Frau Herzog-von der Heide entgegnet, dass sich die Verwaltung nicht der Digitalisierung verschließt. Erfolgreich wurde der Prozess „E-Rechnung“ eingeführt. Auch die Online-Terminvergabe für die Bereiche Einwohnermeldewesen und Standesamt habe sich bewährt. Dennoch sei eine Verwaltung für die Bürger da. Seit Ausbruch der Pandemie sei das Rathaus noch keinen Tag geschlossen gewesen. Eine andere Komponente, dass der Mitarbeiter morgens in das Rathaus kommt, sich einen Laptop greift und einen Arbeitsplatz aussucht, sei bei den Mitarbeitern nicht sehr beliebt. Für das Wohl der Mitarbeiter am Arbeitsplatz zu sorgen, sei Fürsorgepflicht des Arbeitgebers. Sie möchte Rahmenbedingungen anbieten, die den Mitarbeitern guttun, auch künftigen.

Herr Ritter fragt aufgrund der steigenden Zahl der Coronafälle, ob der Anteil an Homeoffice, der im vergangenen Jahr durch die Verwaltung festgelegt wurde, erhöht werden könne.

Herr Neumann führt aus, dass es keine gesetzliche Regelung gebe, wie hoch der Anteil an Homeoffice-Zeit sein darf und in welchen Bereichen Homeoffice zulässig ist. In der freien Wirtschaft sei dies anders. In der öffentlichen Verwaltung ist man den Verfahrensordnungen unterworfen. Verwaltungszugänge müssen sichergestellt werden, ebenso eine sichere Datenverbindung zur Behörde. Er hält die ermöglichten 20 % an Homeoffice für sehr großzügig, denn ein Großteil der Verwaltungstätigkeit fußt auf den Bürgerservice.

Frau Herzog-von der Heide ergänzt, dass in Abstimmung mit dem Personalrat nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werde, wenn es beispielsweise Notstände bei der Kinderbetreuung von in der Verwaltung arbeitenden Eltern gebe. Auch sei Homeoffice eine gute Lösung für Mitarbeiter, die einen weiteren Anfahrtsweg haben. Sie betont, dass das Instrument Homeoffice an die Dienstzeiten der Verwaltung gebunden sei und der sich im Homeoffice befindliche Mitarbeiter zu diesen Zeiten erreichbar sein muss.

TOP 6.6. Gedenkveranstaltung am 27. Januar

Herr Scheidler bedankt sich für die Einladung der Bürgermeisterin an die Stadtverordneten und Bürger der Stadt zur Gedenkveranstaltung am 27. Januar im Rathaus. Ob die getroffenen, Corona-bedingten Regularien (Zeitfenster von 1 ½ Stunden und nur drei Personen gleichzeitig im Rathausfoyer) angenommen werden, zeige sich im Anschluss. Aus gegebenem Anlass der letzten Tage möchte er aber das Thema verbinden und dazu „uns alle“ (demokratisch, gewählte Stadtverordnete und auch Bürger, die die Prozesse der Stadtentwicklung positiv beeinflussen) auffordern, Personen mit rechtem Gedankengut oder unter dem Deckmantel „Corona-Leugner“ entgegenzutreten. In der Stadtversammlung solle beraten werden, wie zukünftig das Gedenken am 27. Januar öffentlichkeitswirksam – etwa am Ehrenhain als zentralen Ort – gestaltet werden könne.

Herr Zeiler fragt, warum das Gedenken am 27. Januar im Rathaus stattfindet und nicht an einer Gedenkstätte im Freien.

Frau Herzog-von der Heide verdeutlicht, dass es für die Durchführung des Gedenkens am 27. Januar im Rathausfoyer einen Beschluss des Hauptausschusses gibt, an den sie sich gebunden fühle. Das hatte sie auch ausführlich im Vortrag zur Erinnerungskultur (Stadtverordnetenversammlung vom 23.06.2020) dargelegt. Im Ehrenhain erinnert man sich an die Kriegsgefangenen des Stalag aus der Sowjetunion, Polen, Italien, Jugoslawien und Frankreich. Die zwölf anderen Nationen, die bei der Erstellung der Gedenkstätte am Ehrenhain vielleicht nicht opportun waren, wie Neuseeland, Großbritannien, Kanada, USA ..., werden alle auf dem Stalag-Friedhof genannt. Wolle man all der Opfer gedenken, halte sie es für richtig, dies im Rathausfoyer unter der Gedenk-Inschrift zu tun. Die Inschrift wurde nach intensiver Beratung durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

TOP 6.7. TOP 10 - Bürgerhaushalt

Frau Dr. Jürgen erkundigt sich nach dem Stand zur Beratung der TOP 10-Platzierungen des Bürgerhaushaltes.

Frau Herzog-von der Heide signalisiert, dass die TOP 10 mit Kommentierungen folgen werden.

TOP 6.8. Impfzentrum Flämingshalle - Vereinssport

Frau Dr. Jürgen bezieht sich auf die künftige Nutzung der Flämingshalle als Impfzentrum. Die Vereine mussten ihre Sportgeräte aus der Flämingshalle ausräumen. Sie fragt, wie die Stadt das unterstützt habe. Welche alternativen Standorte für den Vereinssport wird es geben, wenn die Flämingshalle ein Jahr lang nicht nutzbar sei? Weiter möchte sie wissen, welche alternativen Standorte es im Landkreis neben der Flämingshalle als Impfzentrum gab.

Frau Herzog-von der Heide führt aus, dass mit der Installation der Flämingshalle als Impfzentrum das Objekt ein Hochsicherheitsbereich sei. Da nicht absehbar sei, wie lange die Flämingshalle als Impfstandort genutzt werde, wurden die Vereine zur Entfernung ihrer Utensilien aufgefordert. Als untersucht wurde, welche Standorte in Luckenwalde als Impfzentrum möglich seien, kamen wenig Liegenschaften in Frage. Die Liegenschaft muss verfügbar und zentral gelegen sein, mehrere Ausgänge sowie Sanitäreinrichtungen für das Personal vor Ort als auch für die Besucher haben, mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein, über ausreichend Stellplätze verfügen und ebenerdig sein. Das Objekt darf während des Zeitraums der Nutzung als Impfzentrum nicht durch Dritte genutzt werden. Zum Biotechnologiepark als möglichen Alternativstandort kann sie keine weiteren Ausführungen machen, da sich die Liegenschaft in Hand des Landkreises befindet. Der Gewerbehof ist Sitz der Hochschulpräsenzstelle. Das ehemalige OSZ am Schieferling ist nicht barrierefrei und hat nicht ausreichend Stellplätze. Die Flämingshalle ist durch Schulsport als Pflichtaufgabe wenig belastet. „Luckenwalde als Impfstandort“ wurde vom Land festgelegt. Aus die Nachfrage von Frau Dr. Jürgen nach Alternativstandorten für den Vereinssport entgegnet Frau Herzog-von der Heide, dass die Hauptaufgabe sei, ein betriebsbereites Impfzentrum vorzuhalten. Wann wieder ein Sportbetrieb zulässig ist, muss abgewartet werden. Für die Freiluftsaison seien Flächen auskömmlich. Ob eine Mitnutzung der Sporthalle Rudolf-Breitscheid-Straße in Trägerschaft des Landkreises möglich sei, hänge von der Auslastung ab und müsse geklärt werden.

Herr Nehues würde gern die Verwaltung beauftragen, aufzuzeigen, wie der Kinder- und Behindertensport, der in der Flämingshalle stattfand, alternativ durchgeführt werden kann. Er bittet dies im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport (BKS) zur Beratung aufzunehmen.

Frau Herzog-von der Heide versichert, dass die Verwaltung das Problem auf dem Schirm habe.

TOP 7. Informationen der Verwaltung

TOP 7.1. Ansiedelungsinteresse Zapfholzweg: Projekt „Labor Betreuung 5.000“

zurückgezogen

TOP 7.2. Sachstand VolksBühne

Die Präsentation von **Frau Herzog-von der Heide** und **Herrn Dunker** ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt.

Die Vorstellung findet mehrheitliche Zustimmung durch die Anwesenden.

Herr F. Thier wirbt für eine Beratung im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport (BKS) mit den sachkundigen Einwohnern und eine zeitnahe Bereitstellung der gezeigten Präsentation zum Ausschuss.

Herr Swik ist begeistert, die Idee ist originell, umsetzbar, finanzierbar. Er bedankt sich für die tolle Arbeit der Arbeitsgruppe.

Frau Dr. Jürgen gibt zu bedenken, dass an mehr Sonnenschutz gedacht werden solle.

Herr Block fragt, ob das 61 Jahre alte Fahrzeug, wegen der Umweltverträglichkeit, selbst bewegt werden könne oder es „geschleppt“ werden müsse.

Herr Dunker hat zunächst den Transport mittels Tieflader erwägt. Da das Fahrzeug aber nur selten und auch nur für Kurzstrecken bewegt werden müsse, würde er es gern mit geringem Aufwand fahrbereit ertüchtigen und mittels H-Kennzeichen zulassen. Einen TÜV-Sachverständigen hat er bereits konsultiert.

Herr Zeiler fragt zu den Überlegungen hinsichtlich Immissionsschutz an. Nicht, dass das Projekt an Klagen der Anwohner wegen der Mittagsruhe scheitert.

Frau Herzog-von der Heide entgegnet, dass sich über die Dauer, die Anzahl und die Lautstärke der Veranstaltungen verständigt werden müsse.

Herr Dunker ergänzt, dass schon viele Regularien, auch in rechtlicher Hinsicht, in der Arbeit der Arbeitsgruppe bedacht wurden, ist aber für jeden Hinweis seitens der Stadtverordneten offen.

Herr Buchner weist auf die Möglichkeit hin, dass Fahrzeug mit einem grünen Kennzeichen zu kennzeichnen. Das sei steuerlich günstiger und man könne das Fahrzeug bewegen.

TOP 8. Informationen des Vorsitzenden

Herr Neumann erinnert an die Veranstaltung am 27. Januar zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus von 16:30 bis 18:00 Uhr im Rathausfoyer.

Weiter informiert er:

- Am 26.01.2021 findet um 18:30 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses ein Hauptausschuss statt – Vergabeentscheidungen zum Bauvorhaben Akademie für Gesundheitsberufe.
- Alle Fachausschüsse und Stadtverordnetenversammlungen finden ab Februar 2021 im Gebäude „Goldene 33“ statt.
- Die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung findet am 2. März 2021 im Gebäude „Goldene 33“ statt.

Herstellung der Nichtöffentlichkeit: 20:40 Uhr

- Herr Krüger verlässt die Sitzung.

Jochen Neumann
Vorsitzende

Britta Jähner
Schriftführerin

13.10 24 31 01